

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr. 168-1/19

Beschluss		
Nr. 93/19 A	vom 16.12.19	
wird von StSt OB-Büro ausgefüllt		

Dezernat/Fachbereich: Bearbeitet von: Tel. Nr.: Datum: Fachbereich 10, Bürgerservice Adelmann, Alexa 82-2472 29.09.2019

1. Betreff: Sicherheit in Offenburg – Einführung eines Kommunalen Ordnungsdienstes

2. I	Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Öffentlichkeitsstatus
_	Haupt- und Bauausschuss	02.12.2019	öffentlich
-	2. Gemeinderat	16.12.2019	öffentlich

Beschlussantrag (Vorschlag der Verwaltung):

- 1. Das vorgelegte Konzept für einen Kommunalen Ordnungsdienst mit ergänzter Straßensozialarbeit wird zur Kenntnis genommen.
- 2. Der Gemeinderat fordert das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg erneut auf, das Polizeipräsidium Offenburg sowie das Polizeirevier Offenburg bevorzugt und dauerhaft mit weiteren Polizeivollzugskräften auszustatten und den landesweiten Verteilungsschlüssel entsprechend zu verändern, sodass auch die besonderen Belastungen in Offenburg (Kriminalstatistik, Grenzlage, Rheinschiene etc.) angemessen Berücksichtigung finden.
- 3. Hierüber soll in zwölf sechs Monaten dem Gemeinderat berichtet werden und das Konzept für einen Kommunalen Ordnungsdienst mit ergänzter Straßensozialarbeit erneut zur Beratung und ggf. Beschlussfassung zur Einführung ab 2021 vorgelegt werden, sollten bis dahin nicht signifikante Verbesserungen der Personalsituation bei der Polizei in Offenburg vom Innenministerium zugesagt werden.

Empfehlung des Gremiums:	Beschluss des Gremiums:	
Haupt- und Bauausschuss	Gemeinderat	
vom 02.12.2019	vom 16.12.2019	
Ergebnis: geändert beschlossen (siehe oben)	Ergebnis: ungeändert beschlossen	
Abstimmungsergebnis: Ja 13 Nein 0 Enth. 0	Abstimmungsergebnis: Ja 38 Nein 0 Enth. 1	